

Niederschrift

**über die Sitzung am Montag, 16.03.2009
im Kreishaus Borken,
Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)**

Anwesend:

Vorsitz:

Herr Wilhelm Stilkenbäumer 48734 Reken

Mitglieder:

Frau Dr. Marie-Elisabeth Averkamp 48734 Reken
Herr Hubert Bestert 46354 Südlohn
Frau Barbara Büscher 48703 Stadtlohn
Herr Manfred Daberkow 48599 Gronau
Herr Markus Jasper 48619 Heek
Frau Anne König 46325 Borken
Frau Elisabeth Lindenhahn 46348 Raesfeld
Frau Karin Mikosch-Eimann 48599 Gronau
Frau Gerda-Marie Möller 48734 Reken
Frau Stephanie Pohl 48712 Gescher
Frau Ursula Schulte 48691 Vreden
Herr Jens Steiner 48619 Heek
Frau Gerti Tanjsek 46397 Bocholt
Herr Heinz-Josef Tönnies 46359 Heiden
Frau Gerd Welper 48691 Vreden
Frau Ursula Zurhausen 46325 Borken

Vertreter/innen der Verwaltung:

Herr Werner Haßenkamp
Frau Annette Scherwinski
Herr Reinhard Groschke
Herr Hans Ritter
Frau Susanne Lökes
Frau Regina Kasteleiner
Frau Reinhild Wantia
Herr Gustav Arnold

Gäste:

Herr Heinrich Döring Direktor des AG Borken
Herr Stephan Holtmann SkF Ahaus/Vreden

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzender Wilhelm Stilkenbäumer eröffnet um 17.10 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist. Einwendungen gegen die ergänzte Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

A. Öffentlicher Teil

Punkt 1: Vorstellung des Aufgabenfeldes "Rechtliche Betreuung" durch Vertreter des Amtsgerichtes Borken, der Betreuungsvereine und der Betreuungsbehörde des Kreises Borken

Vorsitzender Stilkenbäumer begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Arnold vom Fachbereich 50 – Betreuungsstelle-, Herrn Holtmann vom SkF Ahaus/Vreden sowie den Direktor des Amtsgerichtes Borken Herrn Döring.

Herr Arnold stellt in einem Power Point Vortrag zusammen mit Herrn Holtmann die Umsetzung der rechtlichen Betreuungen im Kreis Borken vor. Herr Döring ergänzt den Vortrag um Ausführungen zur praktischen Umsetzung der Betreuungen und stellt in diesem Kontext die Arbeit der Gerichte dar. Die verwendeten Folien sind dem Protokoll als Anlage 1 beigelegt.

Vorsitzender Stilkenbäumer dankt für den umfangreichen und sehr informativen Vortrag. Er weist darauf hin, dass Herr Arnold mit Erreichen der Altersgrenze Ende Juni 2009 in den wohlverdienten Ruhestand treten werde. Im Rückblick auf die von Herrn Arnold als Leiter der Betreuungsbehörde seit 1992 geleistete Arbeit weist er besonders auf die Installation eines alle Beteiligten umfassenden Netzwerkes für die Betreuungsarbeit hin. Daneben seien auch die Förderung und Betreuung der ehrenamtlichen Betreuer sowie die Mitarbeit in den verschiedensten Gremien auf Kreis-, Landes- und Bundesebene Schwerpunkte der Arbeit von Herrn Arnold gewesen. Herr Arnold habe der Betreuungsarbeit nicht nur im Kreis Borken einen hohen Stellenwert verschafft. Dafür spreche er ihm im Namen des Ausschusses besonderen Dank aus und wünsche ihm für den weiteren Lebensweg alles Gute.

**Punkt 2: Umsetzung SGB II
- Jahresbericht 2008
Vorlage: 0048/2009**

Frau Lökes stellt die Eckpunkte der Jahresinfo 2008 kurz vor. Die Folien der Power Point Präsentation sind dem Protokoll als Anlage 2 beigelegt. Im Anschluss daran beantwortet sie die Fragen der Ausschussmitglieder. Vorsitzender Stilkenbäumer dankt Frau Lökes und Herrn Ahlte für die mit dem Jahresbericht verbundene Arbeit und stellt Einvernehmen in Bezug auf den Beschlussvorschlag fest.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt den Jahresbericht 2008 zur Umsetzung des SGB II zur Kenntnis.

**Punkt 3: Bundesprogramm "Perspektive 50plus - Beschäftigungspakte für Ältere in den Regionen" - Beteiligung des Service-Punkt ARBEIT im Kreis Borken
Vorlage: 0069/2009**

Frau Lökes gibt Erläuterungen zur Sitzungsvorlage und beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder. Die hierbei verwendeten Power Point Folien sind dem Protokoll als Anlage 3 beigefügt.

Die Frage von Ausschussmitglied Schulte nach Zahlen zur Integrationsquote der Personen Ü50 in den bisherigen Maßnahmen des Kreises soll im Protokoll beantwortet werden.

Antwort:

Im Jahr 2008 wurden insgesamt 337 Personen (9 % der Vermittlungen) über 50 Jahre in den ersten Arbeitsmarkt integriert mit folgendem Stundenumfang:

- weniger als 15 Std.: 105 Integrationen
- 15-30 Std.: 54 Integrationen
- mehr als 30 Std.: 178 Integrationen.

Im Ausschuss besteht Einvernehmen, dass die Chance zur Teilnahme an einem erfolgreichen Projekt, das zudem aus Bundesmitteln finanziert wird, genutzt werden müsse. Die Teilnahme dürfe allerdings nicht zu Lasten der vorhandenen Strukturen gehen. Eine regelmäßige Berichterstattung im Ausschuss werde gewünscht. Die Verwaltung sagt eine regelmäßige Berichterstattung zu. Der Beschlussvorschlag wurde entsprechend ergänzt.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit stimmt der geplanten Beteiligung des Kreises Borken am Bundesprogramm unter den dargestellten Rahmenbedingungen zu. Die Verwaltung wird dem Ausschuss über die Umsetzung des Projektes regelmäßig berichten.

Punkt 4: Statistik über Sozialhilfe und Grundsicherung nach dem SGB XII für das Jahr 2008
Vorlage: 0049/2009

Nachdem keine Fragen zur Sitzungsvorlage gestellt werden, stellt Vorsitzender Stilkenbäumer Einvernehmen fest, die Statistik über die Sozialhilfe und Grundsicherung nach dem SGB XII für das Jahr 2008 zur Kenntnis zu nehmen.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt die Statistik über die Sozialhilfe und Grundsicherung nach dem SGB XII für das Jahr 2008 zur Kenntnis.

Punkt 5: Ergebnisse des Runden Tisches zur Situation von Familien mit behinderten Kindern
Vorlage: 0050/2009

Herr Haßenkamp erläutert die Vorlage. Er weist darauf hin, dass nun zunächst hausintern die weitere Umsetzung der erarbeiteten Vorschläge durch die interne Projektgruppe unter Federführung der Behindertenbeauftragten vorbereitet werden solle. Danach würden die Ergebnisse in die betroffenen Fachausschüsse zur weiteren Beratung eingebracht. Der Wegweiser für Behinderte sei in Arbeit und werde in Kürze fertiggestellt. Die von der Politik geforderte Aufstockung der Stelle der Behindertenbeauftragten könne in Kürze umgesetzt werden. Die Behindertenbeauftragte könne dann auch in der Anfangsphase der Umsetzung des Projektes die nachgefragte „Lotsenfunktion“ für Familien mit behinderten Kindern übernehmen.

Die Ausschussmitglieder führen eine intensive Diskussion über die praktischen Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Integrationsbemühungen für Behinderte im Kindergarten und insbesondere in der Schule. Der Vorsitzende stellt fest, dass unter den Ausschussmitgliedern Einvernehmen besteht, die Integration von Behinderten in die Gesellschaft vom Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit weiter zu begleiten. Vor diesem Hintergrund wird die Verwaltung beauftragt, dem Ausschuss über die Umsetzung der Ergebnisse des „Runden Tisches“ regelmäßig zu berichten.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt die Ergebnisse des Runden Tisches zur Situation von Familien mit behinderten Kindern und das weitere Vorgehen zur Kenntnis.

Punkt 6: Einrichtung von Pflegestützpunkten nach dem SGB XI
Vorlage: 0051/2009

Herr Groschke erläutert die Sitzungsvorlage und beantwortet die Frage der Ausschussmitglieder. Er weist darauf hin, dass jetzt konkrete Verhandlungen über die Einrichtung von PSP mit der AOK-Regionaldirektion Borken-Steinfurt aufgenommen würden. Über die Ergebnisse der Verhandlungen werde der Ausschuss informiert.

Vorsitzender Stilkenbäumer gibt die Information, dass im Kreis Recklinghausen ein vom Kreis und den Kommunen gemeinsam getragenes und finanziertes Pflegeberatungsprojekt installiert worden sei. In jeder Kommune sei ein sog. Beratungs- und Infocenter Pflege (BIP) eingerichtet worden. Hier werde eine trägerunabhängige Pflegeberatung angeboten. Er weist darauf hin, dass nach dem Willen des Gesetzgebers allerdings in erster Linie die Pflegekassen beauftragt seien, die Pflegeberatung sicher zu stellen. Aus eigener Erfahrung wisse er, dass die Rahmenvereinbarung hohe Anforderungen an das zur Pflegeberatung einzusetzende Personal stellen würde.

Vorsitzender Stilkenbäumer stellt Einvernehmen fest, den Sachstandsbericht der Verwaltung zu den Pflegestützpunkten zur Kenntnis zu nehmen.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt den Sachstandsbericht Pflegestützpunkte zur Kenntnis.

**Punkt 7: Die neue Aufgabe "Schwerbehindertenrecht"
Situationsbericht nach dem ersten Jahr
Vorlage: 0056/2009**

Herr Groschke stellt die wesentlichen Punkte der Vorlage nochmals dar. Er stellt fest, dass die Übernahme der Aufgaben nach dem Schwerbehindertenrecht im Wesentlichen problemlos und erfolgreich übernommen worden seien und im Sinne von praktizierter Bürgernähe durchgeführt würden. Festzustellen sei, dass Betroffene nunmehr auch vermehrt persönlich vorsprächen. Damit sei nach seiner Bewertung das Ziel von mehr Bürgernähe durch die Reform auf jeden Fall erreicht worden.

Ausschussmitglied Lindenhahn berichtet über ausgesprochen positive Rückmeldungen von Bürgern beim Umgang mit den Mitarbeitern der Schwerbehindertenabteilung. Neben der telefonischen Erreichbarkeit werde der freundliche Umgang bei persönlicher Vorsprache und auch die zügige Bearbeitung als positiv empfunden. Sie bittet darum, das Lob an die Mitarbeiter weiter zu geben. Der Ausschuss stimmt dieser Bewertung zu.

Vorsitzender Stilkenbäumer stellt Einvernehmen fest, den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis zu nehmen.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Punkt 8: Einführung eines Sozialtickets
Vorlage: 0052/2009

Ausschussmitglied Welper erläutert den Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN. Nach seiner Auffassung seien die in der Vorlage dargestellten hohen Kosten kein Argument gegen ein Sozialticket. Das Sozialticket könne in einer Probephase auch durch einen verminderten Preis für eine Einzelfahrkarte eingeführt werden.

Ausschussmitglied Lindenhahn erklärt für die SPD-Fraktion, dass nicht nur SGB II- und SGB XII-Bezieher von dem Ticket profitieren sollten, sondern auch Geringverdiener. Allerdings seien die Kosten für ein solches Ticket nicht zu finanzieren, daher werde die SPD-Fraktion den Antrag nicht ablehnen, sondern sich der Stimme enthalten.

Ausschussmitglied Jasper stellt für die CDU-Fraktion dar, dass es für die Ausschussmitglieder nur um die Frage gehen könne, ob man als Kreis eine neue freiwillige Aufgabe übernehmen wolle oder nicht. Die Finanzierung der Kosten für Fahrten zur Arbeit und zu Qualifizierungsmaßnahmen sei über die vorhandenen gesetzlichen Regelungen abgesichert. Die CDU-Fraktion vertrete die Auffassung, dass außerhalb des gesetzlichen Auftrages keine neuen freiwilligen Leistungen finanziert werden können.

Ausschussmitglied Welper sieht die Notwendigkeit, die Frage der Einführung eines Sozialtickets weiter zu verfolgen. Daher stellt er für die Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN folgenden Antrag:

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit sieht die Notwendigkeit, an der Einführung eines Sozialtickets für alle LeistungsbezieherInnen nach SGB II, SGB XII, Asylbewerberleistungsgesetz und wirtschaftlicher Jugendhilfe im Kreis Borken weiterzuarbeiten.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN abstimmen.

Beschluss:

- 6 Ja-Stimmen
- 9 Nein-Stimmen
- 0 Enthaltungen

Der Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN ist damit abgelehnt.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschluss:

- 9 Ja-Stimmen
- 2 Nein-Stimmen
- 4 Enthaltungen

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit lehnt den Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN vom 09.01.2009 auf Einführung eines Sozialtickets im Kreis Borken ab.

Punkt 9: Mitteilungen der Verwaltung

Herr Haßenkamp berichtet, dass Herr Krause als Mitglied der Leitungsgruppe des Kindertagesstättenverbundes des Evangelischen Kirchenkreises Steinfurt-Coesfeld-Borken einen Antrag zur Durchführung der präventiven Zahngesundheitsvorsorge in Tageseinrichtungen gestellt habe. Da es sich hierbei um eine Aufgabe der Jugendhilfe handele, sei der Antrag nicht dem Sozialausschuss vorgelegt worden.

Punkt 9.1: Kommunale Gesundheitskonferenz

Frau Scherwinski informiert darüber, dass die letzte Kommunale Gesundheitskonferenz am 21.01.2009 getagt hat.

Zu den Inhalten führt Frau Wantia aus, dass zum Umsetzungsstand der Alkoholpräventionskampagne „**Vollrausch ...ohne mich!**“ berichtet worden sei. Sie weist auf die aktualisierte und umfassende Internetseite www.vollrausch-ohne-mich.de hin. Besondere Aufmerksamkeit erhalte derzeit der Kreativwettbewerb „Mach Dir'n Kopp“, der Schülerinnen und Schüler im Kreisgebiet dazu anregen soll, sich kritisch seit Januar bis Juli mit dem Thema Alkohol auseinander zu setzen.

Für die Jahre 2009 und 2010 sei vorgesehen, die risikospezifische Ausrichtung mit dem Beratungsangebot „KatertALK“ für minderjährige Patienten nach Alkoholentgiftung im Bocholter St. Agnes-Hospital auszuwerten und ggf. weiterzuführen.

Zudem berichtet Frau Wantia aus den ständigen Arbeitsgruppen der Kommunalen Gesundheitskonferenz:

- **Gemeindepsychiatrischer Verbund** (Positive Resonanz der Besuchsgruppe aus der Bundesarbeitsgemeinschaft Gemeindepsychiatrischer Verbände am 17. und 18.12.2008)
- **PSAG** (Jubiläumsfeier zum 30jährigen Bestehen mit Fachvortrag von Prof. Dr. Regus, Uni Siegen, dessen Impulse derzeit aufgegriffen werden)
- **Runder Tisch Demenz** (Aktualisierung eines Ratgebers bei psychischen Erkrankungen im Alter).

Frau Scherwinski berichtet über die **Hausärztliche Versorgung** im Kreis Borken als neues Handlungsfeld aus der Kommunalen Gesundheitskonferenz.

Die konstituierende Sitzung einer Arbeitsgruppe fand am 03.03.2009 statt.

Teilnehmer sind unter Moderation des Fachbereichs Gesundheit zunächst Vertreter der Ärztekammer, der Kassenärztlichen Vereinigung, des Hausärzterverbandes sowie der Krankenhäuser im Kreisgebiet.

Man sei anfangs damit beschäftigt, ein Handlungskonzept zu erstellen. In einem zweiten Schritt sei geplant, auch Vertreter der Städte und Gemeinden einzubeziehen. Frau Scherwinski sichert zu, den Ausschuss kontinuierlich über den Ergebnisstand der Arbeitsgruppe zu informieren.

**Punkt 9.2: Gesundheitsbericht 2008
- Impfstatus der 10-16jährigen Schülerinnen und Schüler -
(Der Bericht wird in der Sitzung verteilt.)**

Vorsitzender Stilkenbäumer bedankt sich für den informativen Bericht.

Punkt 9.3: Information Notärztliche Versorgung

Frau Scherwinski erläutert, dass die Regelung des ärztlichen Notfalldienstes in die Zuständigkeit der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe falle. Wie durch Presseberichte bekannt, plane die Kassenärztliche Vereinigung eine Neustrukturierung des ärztlichen Notfalldienstes, die voraussichtlich 2010 in Kraft treten solle. Da der Kreis in dem Verfahren weder beteiligt sei noch ein Mitspracherecht habe, habe sie sich bei der Leiterin der Abteilung Organisierter Notfalldienst der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe, Frau Henny Baumgart, über den Sachstand informiert und erfahren, dass ein Ausschuss zur Neustrukturierung des ärztlichen Notfalldienstes gebildet worden sei. Im Augenblick werde erst an dem grundlegenden Rahmen für die Neuorganisation gearbeitet. Über den Gebietszuschnitt der einzelnen Bezirke sei noch nicht entschieden. Vor dem Hintergrund der sich verändernden Altersstruktur der Ärzte sei jedoch eine Vergrößerung der Notfallbezirke geplant. Für alle Bezirke in Westfalen-Lippe solle eine gemeinsame zentrale Leitstelle eingerichtet werden, von der die Patienten zum jeweiligen nächsten Arzt verwiesen werden. Weiterhin sei geplant, einen Fahrdienst einzurichten, um Patienten zum jeweilig zuständigen ärztlichen Notfalldienst zu transportieren.

Noch existiere keine Rechtsgrundlage für diese tief greifenden Veränderungen des ärztlichen Notfalldienstes. Die Rechtsgrundlage werde voraussichtlich im späten Frühjahr erwartet. Das neue Notfalldienstsystem sei als „lernendes System“ angelegt, so dass Veränderungen, wenn sie denn sinnvoll seien, im weiteren Verlauf jederzeit möglich seien. Frau Baumgart habe betont, dass sie sich darüber im Klaren sei, dass die Reform des Notfalldienstes sehr umstritten sei und kontrovers diskutiert werde. Allerdings werde diese Reform von vielen Ärzten ausdrücklich begrüßt. Auf Nachfrage habe Frau Baumgart erklärt, dass die bisherigen Notfallpraxen eine Bestandsgarantie hätten. Weitere Informationen zum Stand der Planungen könnten zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht erfolgen.

Vorsitzender Stilkenbäumer dankt Frau Scherwinski für die informativen Ausführungen. Er weist darauf hin, dass sowohl Ärzte als auch Patienten wegen der anstehenden Entwicklung sehr verunsichert seien. Er bat deshalb darum, zu gegebener Zeit weitere Informationen über die Entwicklung des ärztlichen Notfalldienstes zu geben.

Punkt 10: Anfragen

Mit einem Dank für die rege Diskussion schließt Vorsitzender Stilkenbäumer um 20.00 Uhr die Sitzung.

Wilhelm Stilkenbäumer

Hans Ritter